

Drei Thurgauer regieren die Schweiz

Vor 100 Jahren starb Walter Bissegger, Anführer der Linksliberalen und einer der profiliertesten Politiker aus dem Thurgau im frühen 20. Jahrhundert. Zusammen mit den zwei andern Thurgauern Adolf Deucher und Ludwig Forrer dominierte er die Schweizer Politik.

MATTHIAS KUNZ*

KREUZLINGEN. 1853 in Bernrain nahe Kreuzlingen geboren, lernt Walter Bissegger das Leben eher von seiner rauhen Seite her kennen. Sein Vater Johannes Bissegger leitet eine landwirtschaftliche «Armenschule» für Jugendliche. Das sozial engagierte Elternhaus ebenso wie dessen reformpädagogische Haltung hinterlassen bei Walter Bissegger Spuren.

Bildungsseifer, Gerechtigkeits-sinn und einen beherzten republikanischen Patriotismus nimmt der junge Thurgauer mit auf seinen Lebensweg, der ihn zwischen 1885 und 1915 in die politisch einflussreichsten Positionen der damaligen Schweiz führen sollte. Nach einem geisteswissenschaftlichen Studium arbeitet Bissegger 1883 bis 1885 als Auslandskorrespondent der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ), um bereits nach zwei Jahren die redaktionelle Leitung des freisinnigen Flaggschiffs zu übernehmen. Nicht nur die NZZ, auch die Schweiz blüht unter freisinnig-liberaler Führung in der Belle Epoque (1885 bis 1914) auf. Angeschoben von einem kräftigen

Wirtschaftswachstum, macht sich ein ungetrübter Machbarkeits- und Fortschritts-glaube breit. Politisch klingt in der Schweiz der Jahrhundertwende der Kulturkampf mit den Katholisch-Konservativen (heute CVP) an, währenddem die Arbeitskonflikte und Streiks der Arbeiter rasant zunehmen und damit der Radikalisierung der Sozialdemokraten Auftrieb geben. Die Lösung der sogenannten sozialen Frage und die (macht-)politischen Aspirationen einer erstarkenden Arbeiterbewegung stellen den liberalen Bundesstaat am Vorabend des Ersten Weltkriegs auf den Prüfstand – und Bissegger vor seine grösste Herausforderung.

Dominantes Ostschweizer Trio

Bisseggers Leidenschaft und Stärke für das geschriebene und gesprochene Wort führen ihn rasch in die Schaltzentralen der damaligen Publizistik und Politik. Als NZZ-Chefredaktor, Frak-



Walter Bissegger wuchs in der ehemaligen Armenschule Bernrain oberhalb von Kreuzlingen auf.

Bild: Nana do Carmo

tions- und Parteichef der Liberalen (1907 bis 1911) prägt er massgeblich den innen-, vor allem aber den sozialpolitischen Diskurs. Innerhalb der locker organisierten freisinnigen Grossfamilie kann sich Walter Bissegger auf mächtige Verbündete stützen. Zusammen mit dem Thurgauer Bundesrat Adolf Deucher, der 1912 im Alter von 81 Jahren im Amt verstirbt, und dem Winterthurer Magistraten Ludwig Forrer, auch er ein gebürtiger Thurgauer, bildet er ein eindrückliches und dominantes Dreiergespann in fast allen sozialpolitischen Themen. Nicht selten werden Stimmen des Unmuts darüber laut, dass diese Ostschweizer Meinungsführer die helvetische Innenpolitik ins Schlepptau genommen haben.

Bissegger stellt seine Visionen in der berühmt gewordenen «Basler Rede» von 1910 vor: In Anlehnung an den Bismarckischen «Staatssozialismus» erach-

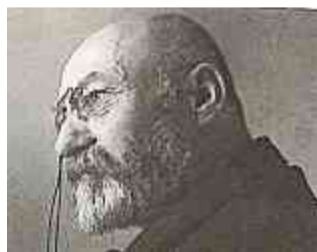


Bild: Verlag Neue Zürcher Zeitung

Walter Bissegger
NZZ-Chefredaktor und Politiker

ter er eine Aussöhnung der Klassegegensätze über den Ausbau einer starken und nachhaltigen Sozialgesetzgebung als vordringlich. Integration durch Sozialpolitik – so einfach lautet die Botschaft. Die etatistisch-linksfreisinnige Terminologie lässt jedoch jene rechtsbürgerlichen Politiker erschauern, die eine Verständigung mit der Linken entweder für unnötig oder für unmöglich erachten. 1912 kann endlich unter linksfreisinniger Ägide die erste grosse, staatliche

Sozialversicherung – die Kranken und Unfallversicherung (KUVG) – erfolgreich durch einen Referendumskampf geführt werden. Das revidierte Fabrikgesetz von 1914 wird von den Räten nach jahrelangen zähen Debatten verabschiedet, doch infolge des Weltkrieges nicht in Kraft gesetzt. Mit enttäuschten Erwartungen und verhärteten Positionen hüben und drüben schlackert die Schweiz in die Bewährungsprobe der Kriegsjahre.

Verworfen und vergessen

Polemik war Bissegger ein Greuel, Mässigung und Sachlichkeit hingegen die Basis für verständigungsorientiertes Handeln, um politische und soziale Gegensätze zu überbrücken. Es sollte indes nicht mehr so weit kommen. Kurz nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1915 stirbt Bissegger nach schwerer Krankheit. Seine Befürchtung, dass sich die sozialen und politischen

Gegensätze zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft allzu drastisch verschärfen könnten, wird bittere Realität. Der Generalstreiks 1918 im Ausgang des «Weltenbrands» stürzt den schweizerischen Bundesstaat in die heftigste und tiefste Krise seiner Geschichte.

Das sich wuchtig anbahnende Zeitalter der Extreme und Katastrophen machte Bissegger schnell vergessen, den ein Freund wie folgt charakterisierte: als «Mann mit dem feinen, geistreichen Gesicht, der durch die liebenswürdigen Umgangsformen und den herzlichen Verkehrston jedermann sofort für sich einnehmen musste». Die Verwerfungen der Geschichte förderten Persönlichkeiten ins Rampenlicht wie den grobschlächtigen Armeegeneral Ulrich Wille, der die Unwägbarkeit der Zeit mit mannafter Zucht und Ordnung – wenn nötig mit Repression – bewältigen

wollte. Oder Bisseggers Kontrahenten zur Linken, Robert Grimm, Anführer des Generalstreiks, der sich an der Spitze einer historisch unaufhaltbaren Bewegung währte, die den Fortschritt durch eine Verschärfung des Macht- und Klassenkampfes erzwingen kann.

Die Zeit für die Verständigungspolitik war abgelaufen, und Walter Bisseggers Vermächtnis blieb selbst in den eigenen Reihen ohne Resonanz. Erst viele Jahre später, am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, fand sich in der überparteilichen «Richtlinienbewegung» ein ferner Widerhall auf jenes sozialliberale Gedankengut, das schliesslich den Weg in Richtung Konkordanzdemokratie ebnete.

*Matthias Kunz ist Verfasser einer Dissertation über Integrationsprobleme des freisinnigen Bundesstaats vor dem Ersten Weltkrieg (Zürich, 2000).

Zur Person

Stadtrat, Kantonsrat, Nationalrat

Walter Bissegger wurde 1853 in eine zehnköpfigen Familie bei Kreuzlingen geboren.

Nach der Matura in Frauenfeld und einem Studium in Basel und Leipzig startete er in Zürich eine publizistische und politische Karriere: Von 1885–1915 war er Chefredaktor der NZZ. Daneben war er Zürcher Stadtrat, Kantonsrat, dann 1905–1915 Nationalrat, federführend in der Reorganisation der Bundesverwaltung und bei der Schaffung des schweizerischen Nationalparks. 1907–1911 präsidierte er als Linksliberaler die Freisinnigen.

Er setzte sich für eine umfassende Sozialpolitik und eine Verständigung mit der Sozialdemokratie ein, lehnte aber deren Klassenkampftheorie beziehungsweise Antimilitarismus ab. Walter Bissegger starb am 30. April 1915 in Zürich. (mk)

Der Sprung in die Berufswelt

80 Studierende streckten am Freitag die Fühler aus in Richtung Arbeitswelt. Möglich machte es der Sprungbrett-Event, der ein Einblick in Unternehmen bot.

EVI BIEDERMANN

FRAUENFELD. Herzstück des Sprungbrett Events sind die Workshops, in denen die Studierenden hinter die Kulissen von Thurgauer Unternehmen schauen und erste Kontakte mit einem möglichen Arbeitgeber knüpfen können. Der vor zwölf Jahren von zwei Thurgauer Studenten ins Leben gerufene Anlass findet Anklang bei den Hoch- und Fachschulabsolventen. Er wird jährlich in verschiedenen Kantonen durchgeführt und dort jeweils von rund 100 Studierenden besucht. Im Thurgau kommen die meisten Studierenden von der Winterthurer ZHAW, den Universitäten und Fachhochschulen in Konstanz und St. Gallen. Sie studieren Wirtschafts-, Ingenieur- oder Naturwissenschaften.

«Der Einblick vor Ort vertieft den Gesamteindruck», erklärt Adrian Fischer von «together ag», die den Anlass im Auftrag von



Stadler-Personalleiter Christoph Suter spricht mit Studenten.

Amt für Wirtschaft und Arbeit und Amt für Mittel- und Hochschulen des Kantons Thurgau durchführt. «Es braucht etwas Überwindung, jemanden anzusprechen», sagt Mario Schreiber im dichten Gedränge lachend. Der angehende Wirtschaftsingenieur der ZHAW ist mit seinem Studienkollegen an den Talent- Apéro gekommen. «Was wir bis jetzt gesehen und gehört haben, hat uns beeindruckt», sagen sie.

Vom Sprungbrett-Event profitieren alle Beteiligten. «Ich kann einen Bewerber besser beurteilen, wenn später sein Dossier vor mir liegt», sagt Christoph Suter, Personalleiter bei Stadler Rail. Das freut auch den Kantonsrat, der bestrebt ist, die Abwanderung von jungen, gut ausgebildeten Leuten zu reduzieren. «Wir brauchen unsere Fachkräfte», sagt Marcel Rapp, Leiter der Wirtschaftsförderung Thurgau.

EVP prüft andere Bodensteuer

Die EVP diskutiert eine Bodenwertsteuer, um negative Auswirkungen der Kulturland-Initiative abzumildern. Diese sieht CVP-Kantonsrat Gemperle nicht.

WEINFELDEN. Die Evangelische Volkspartei des Kantons Thurgau diskutierte an einem Informationsabend über einen Systemwechsel bei der Liegenschaftsteuer. Anlass dazu war einerseits die laufende Kulturland-Initiative und andererseits Bestrebungen, die Liegenschaftsteuer ganz abzuschaffen.

CVP-Kantonsrat Josef Gemperle stellte die Kulturland-Initiative vor, die den Rückgang des landwirtschaftlichen Nutzgebietes stoppen will. Im Thurgau würden jährlich mehr als 100 Hektaren landwirtschaftliche Nutzfläche verbaut. Deshalb soll das eingezonte Bauland nicht mehr beliebig erweitert werden, nur Einzonungen im öffentlichen Interesse sollen noch ermöglicht werden. Gemperle betonte, dass dies möglich sei, weil heute 1300 Hektaren Bauland-Reserven eingezont sind. Zusätzlich gibt es gemäss Gemperle noch sehr viele Möglichkeiten, Bauland opti-

maler zu nutzen. Deshalb glaubt er nicht, dass der Bodenpreis durch einen Einzonungsstopp stärker steigen würde als bisher.

Baulandhortung befürchtet

Anderer Meinung ist der ehemalige Kantonsrat Peter Glatz, Vizepräsident der EVP. Er ist wie Gemperle im Komitee der Kulturland-Initiative. Er sieht die Gefahr, dass durch die Verknappung des Baulandes ein überproportionaler Anstieg der Bodenpreise möglich ist. Deshalb stellte er am Diskussionsabend die Idee einer kantonalen Bodenwertsteuer (unsere Zeitung berichtete) vor. Diese könnte die Liegenschaftsteuer ablösen. Die Bodenwert-Steuer gebe es zum Beispiel in Dänemark und habe sich dort bewährt.

Bei der Liegenschaftsteuer wird bei unüberbautem Land der Wert des Bodens besteuert und bei überbautem Land der Bodenwert plus der Wert des Gebäudes. Bei der Bodenwert-

steuer ist nur der Bodenwert Basis für die Besteuerung. Um den gleichen Steuer-Ertrag von rund 25 Millionen Franken zu erzielen, müsste der Steuersatz bei der Bodenwert-Steuer höher sein, als bei der Liegenschaftsteuer. Das könnte Baulandbesitzer dazu bringen, ihr Land nicht zu horten, respektive es verdichtet zu überbauen, glaubt Glatz.

Grosszügigere Ausnutzung

Matthias Müller (EVP) wies als Gemeindeamann von Gachnang darauf hin, dass Bevölkerungswachstum einen Druck zu grösseren Siedlungsgebieten bewirkt. Er zeigte aber, dass trotz hoher Bevölkerungszunahme in seiner Gemeinde keine Neuzonungen nötig waren. Das beweise, dass noch viele Bauland-Reserven vorhanden sind. Auch er betonte, dass die Ausnutzungsvorschriften grosszügiger gehandhabt werden sollten, damit immer mehr Kulturland verloren gehe. (red.)